

N i e d e r s c h r i f t

zur Sondersitzung des Kreistages – Sondersitzung LaWi - am Mittwoch, 01.06.2022, 18:00 Uhr,
im Schützenhaus Beeskow, Schützenstraße 1, 15848 Beeskow

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 21:40 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wurde bestätigt und danach verfahren

I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Beratung und Beschlussfassung: Aufhebung des Hygienekonzeptes des Kreistages Oder-Spree vom 10. Februar 2021, Beschlussvorlage: 033/2022
4. Informativer Teil vom Kreisbauernverband "Oder-Spree" e. V.: Kurzvorträge zur Situation und Problematik der Landwirtschaft im Landkreis Oder-Spree
5. Beratung und Beschlussfassung: Regionale Landwirtschaft erhalten und fördern, Antrag: 9/FDP-BJA-BVFO/22/1
6. Beratung und Beschlussfassung: Verarbeitung und Vermarktung regionaler Lebensmittel ausbauen, Antrag: 10/FDP/BJA/BVFO/22/1
7. Beratung und Beschlussfassung: Nahrungsgütererzeugung vor Energieerzeugung einordnen!, Antrag: 11/FDP/BJA/BVFO/22/1
8. Beratung und Beschlussfassung: Verkehrsbedingungen für landwirtschaftliche Fahrzeuge verbessern!, Antrag: 12/FDP/BJA/BVFO/22/1
9. Beratung und Beschlussfassung über die Unterstützung der Landwirtschaft und ausführender Betriebe im Landkreis Oder-Spree – Klimaanpassungsstrategie LOS, Antrag: 17/FDP/BJA/BVFO/2022
10. Beratung und Beschlussfassung über die Unterstützung der Landwirtschaft und ausführender Betriebe im Landkreis Oder-Spree – Fachkräfte werben, qualifizieren und binden - Fachkräfte Initiative LOS, Antrag: 18/FDP/BJA/BVFO/2022
11. Beratung und Beschlussfassung: Förderung des Hanfanbaus im Landkreis Oder-Spree, Antrag: 22/DIE LINKE/22 NEU

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Dr. Berger, begrüßt alle Anwesenden zur 18. Sitzung des Kreistages, welche als Sondersitzung zum Thema Landwirtschaft einberufen wurde, und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Im Vorfeld erläutert er aufgrund zahlreicher Anfragen und Diskussionen zum Sitzungsort im Schützenhaus, da hier nicht die Voraussetzungen für eine Online-Teilnahme gegeben seien, dass daran von Seiten der Mitarbeiter der EDV des Landkreises gearbeitet werde. Der Vorsitzende führt weiter aus, dass er in Abstimmung mit der Kreisverwaltung diesen Sitzungsort ausgewählt hätte und man der Empfehlung des RKI gefolgt sei, einen Mindestabstand von 1,5 m einzuhalten, was im Atrium der Kreisverwaltung nicht möglich gewesen wäre.

Weiterhin bittet er wiederholt um einen fairen Umgang mit dem Kreistagsbüro des Landkreises, sofern Hinweise oder Anträge eventuell nicht sofort bearbeitet oder wegen des Arbeitsaufwandes bzw. Zeitablaufs übersehen worden seien.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Herr Dr. Berger schlägt vor, aufgrund eines Hinweises den Antrag – 11/DIE LINKE/2022 NEU – Förderung des Hanfanbaus im Landkreis Oder-Spree – mit auf die Tagesordnung unter TOP 11 aufzunehmen, da dieser bereits im Jahr 2020 diskutiert und bis zum avisierten Sonderkreistag Landwirtschaft zurückgestellt worden sei.

Um Abstimmung wird gebeten.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 1

Zu TOP 3 Beratung und Beschlussfassung: Aufhebung des Hygienekonzeptes des Kreistages Oder-Spree vom 10. Februar 2021, Vorlage: 033/2022

Herr Dr. Pech bittet um das Wort und merkt an, dass auch nach Aufhebung des Hygienekonzeptes unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschriften die Möglichkeit einer Online-Teilnahme in der Geschäftsordnung und der damit verbunden technischen Voraussetzungen gefunden werden sollte.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass entgegen der Empfehlungen des RKI die Möglichkeit bestünde, die Abstände auf einen Meter herabzusetzen. Er bittet insoweit die Fraktionsvorsitzenden um rechtzeitige Rückmeldung bis zur Ladung zur Kreistagssitzung im Oktober 2022, die dann ggf. im Atrium des Landkreises stattfinden könnte.

Weitere Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag hebt das Hygienekonzept für die Sitzungen des Kreistages, des Kreisausschusses und der Fachausschüsse des Landkreises Oder-Spree während der COVID-19-Pandemie vom 10.02.2021 auf.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 1

**Zu TOP 4 Informativer Teil vom Kreisbauernverband "Oder-Spree" e. V.:
Kurzvorträge zur Situation und Problematik der Landwirtschaft im
Landkreis Oder-Spree**

Herr Dr. Berger übergibt das Wort an Herrn Illmer, Amtsleiter des Landwirtschaftsamtes.

Dieser bringt eingangs zum Ausdruck, dass die Landwirtschaft ein essentieller Bestandteil der Wirtschaft sei und vor dem Hintergrund des Klimawandels und weiter wachsender Weltbevölkerung an Bedeutung gewinne. Die Krisensituationen der vergangenen Jahre hätten gezeigt, wie abhängig das Leben und die hiesige Wirtschaft von sog. Dritten geworden sei. Zur Vermeidung von Abhängigkeiten müsste die regionale Wirtschaft und Landwirtschaft sowie die regionale Produktion weiter ins Licht gerückt werden.

Auch im Landkreis müssten die Herausforderungen, wie Veränderung des lokalen Klimas durch zunehmende Extremwetterlagen, steigender Preise für Betriebsmittel sowie von europäischer und nationaler Politik geforderte Veränderungen erkannt werden. Fehlende regionale Wertschöpfungsketten und zunehmender Arbeits- und Fachkräftemangel kämen hinzu. Immer mehr Landwirte würden sich durch die Energiekrise in den Energiesektor gedrängt fühlen und die Nahrungsmittel- mit der Energieproduktion würden konkurrieren. Weitere wirtschaftliche Konsequenzen stellte gerade im Landkreis Oder-Spree die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP) dar.

Er fordert die Anwesenden auf, darüber nachzudenken bzw. zu entscheiden, ob im Landkreis regional produziert werden sollte, ob produzierte Güter (Bsp.: Tiere) zur weiteren Verarbeitung über lange Ressourcen verbrauchende Wege transportiert werden sollten oder alles daran gesetzt werden sollte, kurze Wege vom Rohprodukt über den Verarbeiter zum Verbraucher zu ermöglichen. Er stellt es in Fragen, ob es zugelassen werden sollte, dass Landwirte in Ermangelung von Nachfolgeregelungen ihre Flächen an finanzkräftige Landwirte im Agrarsektor aus weit entfernten Regionen abgeben, welche diese dann als Stilllegungsflächen missbrauchen würden, um in ihrer eigenen Region nicht stilllegen zu müssen? Die damit verbundene Prämie verbleibe somit nicht im Landkreis, sondern gehe in ein anderes Bundesland.

Der Landkreis hätte es in der Hand, über zu steuernde Reize einzugreifen, Fördern und Fordern sei hier die Devise.

Der Vorsitzende informiert im Auftrag von Frau Teltewskaja über ein Schreiben, das gemeinsam mit den Landkreisen Oder-Spree, Märkisch-Oderland, Dahme-Spree und Spree-Neiße nach der Würdigung der Leistungen durch den Bundesminister Özdemir verfasst und mit welchem weitere finanzielle Mittel und Unterstützung erbeten worden seien.

Insofern richtet er die Bitte an die Landtags- und Bundestagsabgeordneten, diese Botschaft weiterzutragen. (Der Brief liegt dem Protokoll als Anlage bei.)

Herr Dr. Tanneberger, stellv. Geschäftsführer des Kreisbauernverbandes (KBV) Oder-Spree, hebt den positiven Dialog zwischen dem Bereich der Landwirtschaft, dem Kreistag und der Kreisverwaltung sowie der Bevölkerung hervor. Da die weiteren Redner auf einige Details der Arbeit und Probleme der Landwirtschaft eingehen werden würden, versuche er, die schwierige Gesamtsituation zu schildern und fünf Megatrends vorzustellen.

Es folgen Ausführungen zum

- demografischen Wandel, der nicht zu beeinflussen sei (Bsp.: Bevölkerungsdichte),
- ökologischen Wandel (Bsp.: Acker-/Waldflächen sowie Straßen-/Gebäudeflächen),
- ökonomischen Wandel (Bsp.: Wirtschaft, internationaler Handel, Regionalität),
- gesellschaftlichen Wandel (Bsp.: Meinung der Bevölkerung über die Landwirtschaft),
- agrarpolitischen Wandel (Bsp.: EU-Politik),

was insgesamt einen Strukturwandel mit sich bringe. So hätten z. B. die Zahl der Betriebe zugenommen, insbes. Einzelunternehmen, was auf eine stabile Agrarstruktur hindeute. Wie der Trend weiterginge, sei eine Frage der Einflussgrößen (europäische Agrarpolitik, Skalenökonomie, Lebensart).

Auf Nachfrage teilt Herr Dr. Tanneberg mit, dass die Qualität des ökologischen Landbaus erreicht werden sollte, jedoch durch den Einsatz eines integrierten Pflanzenschutzes (bedarfsbezogener Pflanzenschutz).

Als weiterer Redner erhält Herr Kläber, Vorstand des KBV sowie Vorstand und Pflanzenbauleiter der Agrargenossenschaft Ranzig, das Wort und gibt einen Überblick über den Getreideanbau im Landkreis Oder-Spree. Dieser sei relativ konstant, könne aber keine regionale Vermarktung erfahren, sondern es müsse global gedacht werden. Grund dafür seien hohe Standards und hohe Weltmarktpreise. Weitere Probleme stellten die Trockenheit und die politischen Rahmenbedingungen dar. So würden z. B. neue Technologien eingesetzt, weniger gepflügt werden, das Strip-Till-Verfahren (streifenförmige Bodenbearbeitung) genutzt werden, um z. B. Wasser und Energie zu sparen.

Weitere Herausforderungen stellten das Personalproblem, z. B. bei der Lehrstellenbesetzung und der Arbeitskräftegewinnung - Arbeitskräfte würden abgeworben werden - sowie der enorme Flächenverlust dar.

Die Wirtschaftlichkeit gerate durch die Rahmenpolitik bzw. die Agrarpolitik der EU und des Bundes ins Wanken. So müssten die Energie- und Getreidepreise gegenübergestellt werden und hätten enormen Einfluss auf die weitere Entwicklung. Der Trend zur ökologischen Produktion sei positiv zu bewerten, sich jedoch die Vermarktung aufgrund der Umstände schwierig gestalten. Auch in den anderen Bereichen der Landwirtschaft klafften der politische Wille und der Markt weit auseinander.

Energieproduktion (Photovoltaik-, Biogas-, Windkraftanlagen) bedeute eine Konkurrenz zur Nahrungsmittel- und Futterproduktion, aber auch ein zweites Standbein in Krisensituationen. Herr Kläber hebt folgende Punkte hervor:

- ideologische Unterstützung der Landwirtschaft (Produktionshallen seien keine Störfaktoren),
- Anerkennung als wichtiger Wirtschaftszweig,
- stärkere interdisziplinäre Zusammenarbeit,
- Lösungen finden, z. B. Umgehungsstraßen.

Er sei der Auffassung, dass die Landwirtschaft mehr Wertschätzung erfahren müsse und bedankt sich in diesem Zusammenhang für die Zusammenarbeit mit dem Landwirtschafts-/ Veterinäramt des Landkreises.

Herr Meise, Abgeordneter des Kreistages, Vorstandsmitglied KBV, GF Fürstenwalder Agrarprodukte GmbH Buchholz, berichtet aus dem Bereich der Milchwirtschaft, unterstreicht die Bedeutung der Landwirtschaft in Bezug auf die Lebensmittelproduktion und dass diese mehr Aufmerksamkeit erfordere. Leider sei in den vergangenen Jahren zu verzeichnen, dass die Steigerung der Preise der Milchprodukte die Vollkosten der deutschen Milchbauern nicht decken würden. Das hätte dazu geführt, dass ein massiver Strukturwandel erfolge: weniger Milchbauern mit großen Tierbeständen und erhöhter Milchproduktion. Trotz der Verarbeitung in den Molkereien, des Exportes sowie auch Importes (Käse usw.) sei eine Überproduktion vorhanden, auch im Landkreis Oder-Spree; es könne nicht ausreichend Milch verarbeitet bzw. abgesetzt werden. Die Auswirkungen des Klimawandels, der Weltmarktpreise, der Milchersatzprodukte bekämen nunmehr alle zu spüren.

Ziel sei es, das Kostenmanagement und die Produktion zu optimieren und sich ggf. um eine Direktvermarktung zu bemühen. Die Unterstützung des Landkreises für die letzten Milchbauern sei dringend erforderlich, um die Selbstversorgungsfähigkeit und Warenströme aufrecht zu erhalten.

Herr Daniels, Vorsitzender der Interessengemeinschaft Schweinezucht Brandenburg und GF des Schweinezuchtbetriebes Lindenberg GbR, informiert, dass nach Marktkapriolen, Bauvorhaben und Seuchen (ASP) die Veredlungsproduktion in seinem Betrieb derzeit ruhe und dass die Situation sehr verfahren und die Prognose nicht Erfolg versprechend sei. Die Erträge würden die Kosten keinesfalls decken, die Nachfrage nach Fleisch sei gesunken und würde dieses aus dem europäischen Ausland eingeführt und billiger verkauft werden.

Die Situation stelle sich sehr dramatisch, nur noch 10 % des jahrelangen Sauenbestandes wären übriggeblieben und würde sich in den Mastbeständen aufgrund der ASP und der aktuellen Marktlage die Situation weiter verschlechtern, wenn die Schweinehalter nicht bald entschädigt werden würden. Die Gefahr der Einschleppung der ASP bestehe weiterhin, obwohl der Schutz durch Zäune an der polnischen Grenze großflächig vorhanden sei. Die Möglichkeit der Versicherung für die Tiere wäre vorhanden, jedoch erfolge die Zahlung der Versicherung jeweils nur für ein Jahr, was bedeute, alle zusätzlichen Kosten selbst zu tragen oder aber die Haltung zu beenden. Die deutlich geringeren Erlöse aus dem Verkauf der Ferkel und die fehlende Vermarktung hätten ihn dazu veranlasst, den Betrieb zu schließen. Ohne einen Versicherungsschutz fehle die Grundlage der Wiedereröffnung.

Weiterhin würden in Zukunft Kosten auf die Schweinehalter hinzukommen, wie z. B. für die Luftwäsche (Immissionsrecht), die neue Nutztierverordnung, die Preise für Futter (Getreide) aufgrund des Krieges in der Ukraine, was insgesamt die Wettbewerbsfähigkeit in Frage stelle. Herr Daniels informiert weiter, dass sich die Situation in der Geflügelhaltung nicht ganz so dramatisch gestalte, da die Schlachtung und Vermarktung nicht diesen Umfang der Beeinträchtigung erfahren habe.

Auf Nachfrage von Frau Lehmann erklärt Herr Kläber, dass die Erzeugerpreise (z. B. für Futtergetreide) zu hoch wären, um z. B. Getreide kostengünstig regional anzubieten. Daher sei man gezwungen, das Getreide an den globalen Markt zu liefern und von den höheren Preisen zu profitieren.

Herr Daniels ergänzt, dass die Futterkosten bis zu 70 % gestiegen seien, was bedeute, dass pro Ferkel 15 bis 18 Euro und in der Schweinemast bis zu 40 Euro pro Schwein mehr verlangt werden müssten. Hier drehe man sich im Kreis, da der freie Markt den Handel und letztlich den Preis bestimme. Eine regionale Vermarktung sehe er schwierig, da die gesamten zusätzlichen Kosten auf den Verbraucher umgelegt werden müssten, die aus der Erfahrung heraus gern auch zu billigeren Produkten greifen würden.

Im weiteren Verlauf berichtet Frau Lehmann, Abgeordnete und Betreiberin im Familienunternehmen eines Schlachthofes, über die schwierige Situation bezüglich der Vorschriften, die seitens der EU einzuhalten seien, denn es gäbe einen großen Unterschied zwischen einem Familienbetrieb und einem Großunternehmen. Es beginne mit dem Fach-/Arbeitskräftemangel, weder stünden Lehrlinge noch Arbeitskräfte, die den Ansprüchen genügen würden, zur Verfügung und könne man insgesamt in der Marktwirtschaft so nicht bestehen. Die regionale Vermarktung, ob Milch, Fleisch oder Obst gehe dadurch immer weiter zurück. Das Kaufverhalten der Menschen habe sich so geändert, dass der Absatz nicht ausreichend sei. Sie bittet alle Anwesenden darum, den Unmut der Erzeuger und die dramatische Situation der Landwirtschaft laut werden zu lassen, so dass die Politik zum Handeln gezwungen werde.

Herr Schulze, Vorstand KBV Oder-Spree und Inhaber eines bäuerlichen Familienunternehmens mit Direktvermarktung in Görzig, schildert, dass der Verkauf von Milch und Kartoffeln im größeren Umfang oft erst möglich gewesen sei, wenn durch die Großmärkte die Versorgungssicherheit nicht mehr bestanden hätte. Er denke, dass hier ein Ansatz für die regionale Vermarktung bestehe und ein Umdenken erfolgen könnte.

Kurze Transportwege, die Schaffung von Arbeitsplätzen und letztendlich die Wertschätzung der Region sprächen für sich, zumal hier zu erkennen sei, was und wie etwas produziert wird. Durch das Pflegen der Kundenkontakte würde sich das Bild über die Landwirtschaft in den Köpfen der Bevölkerung ändern.

Es sollte darauf geachtet werden, dass die Produkte innerhalb der Region z. B. in den Gaststätten oder in Märkten, verarbeitet und angeboten werden. Erste Erfahrungen gäbe es bereits, jedoch bedeute es einen täglichen Überlebenskampf, ob für die Obstbauern, Fleischereien, Fischereien oder Imkereien. So könne sein Unternehmen z. B. die gesamte Stadt Beeskow mit Kartoffeln versorgen und hätte er es abgelehnt, Produkte nach Berlin zu fahren. Gastronomen, Kantinen und öffentliche Einrichtung in der Region sollten einbezogen werden, und wenn nur einmal die Woche ein Produkt aus der Region auf der Liste stehen würde. Abschließend lädt er ein, sich live in Görzig ein Bild von dem Familienbetrieb zu machen.

Als letzte Rednerin stellt Frau Sonnenberg, Regionale Planungsgemeinschaft Oder-Spree, das Projekt Regionalmanagement zur Unterstützung des Markenbildungsprozesses für die Region Oderland-Spree vor, welches die angesprochenen Probleme aufgreife und mittels Vernetzung Unterstützungsmöglichkeiten biete. Die Idee sei entstanden durch die Tesla-Ansiedlung bzw. das Tesla-Umfeldprojekt, da ein vermehrtes Interesse an der Region zu verzeichnen sei. Die Vielfalt der Region, z. Bsp. im Tourismus, in der Wirtschaft, in der Kunst und Kultur, Natur und im Sport, sollte unter einer „Dachmarke“ zusammengefasst und vermarktet werden. Man verspreche sich dadurch eine stärkere Wirkung nach außen.

Die Strategie bedeute, dass die einzelnen Akteure einbezogen bzw. zusammengeschlossen werden würden, die voneinander profitieren könnten. Ziel der „Dachmarke“ sei es auch, die Region als lebenswert, als Wirtschafts- und Lebensraum, Arbeits- und Freizeitraum weltweit zu vermarkten. Fachkräftemangel und Gewerbeflächenmangel spielten hierbei eine große Rolle. Schwerpunktthemen würden erarbeitet werden, um danach die Strategie auszurichten. In Workshops sollten diese Themen zusammengefasst, erörtert und danach ein fundiertes Konzept erarbeitet und parallel würde eine Image-Analyse über die Region erstellt werden. So könnte durch die bereits erstellte Web-Seite ein umfassender Blick auf die Region ermöglicht werden und sich auch die Landwirtschaft, Bsp. Direktvermarktung, besser präsentieren.

Die Teilnahme an Messen sei geplant, um einerseits weitere Kontakte mit anderen Regionen zu knüpfen und andererseits die Region Oderland-Spree unter anderem in einer Broschüre (Landkreise LOS, MOL und FF/O) zu präsentieren.

Zusammenfassend weist Frau Sonnenberg darauf hin, dass in den westlichen Bundesländern Regionalmarken bereits einen festen Stellenwert hätten, was sie sich auch für diese Region erhoffe. Sie verweist auf die Web-Seite: www.oderland-spree.de.

- 10 Minuten Pause -

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 5 Beratung und Beschlussfassung: Regionale Landwirtschaft erhalten und fördern, Vorlage: 9/FDP-BJA-BVFO/22/1

Herr Noppe bezieht sich auf die Berichterstattungen im Vorfeld und die dem Antrag beigelegte Begründung. Er hebt die wirtschaftliche und regionale Bedeutung der Landwirtschaft hervor. Die Landwirte stünden vor einer großen Herausforderung, da sich die Rahmenbedingungen nach der Agrarreform entscheidend ändern würden. Die Unterstützung der Kreisverwaltung und des Kreistages sei notwendig, um die Aufgaben gemeinsam zu lösen.

Herr Gliese ergreift das Wort und erläutert das Problem der Öko-Landwirte. Die neue Stufe der Agrarreform bringe eine Umschichtung der Fördermittel mit sich. Das bedeute, dass ein Öko-Landwirt die Maßnahmen, mit denen man sich die sogenannten ökologischen Schemes verdiene, nicht leisten könne, da diese durch die ökologische Landwirtschaft bereits verpflichtend einzuhalten seien. Dadurch würden diese beträchtlichen Förderungen wegfallen. Er bittet, dass sich die Fraktionen diesbezüglich gemeinsam an die Landes- und Bundesregierung wenden.

Weiterhin spricht er das Thema des Eiweiß-Pflanzen-Anbaus an. Die neuen Regelungen würden eine Bodenbearbeitung fordern, die dem Wachstum der Eiweiß-Pflanzen entgegenstünden; die geforderte Fruchtfolgeregelung sei unwissenschaftlich. Ähnlich gestalte sich das Problem des Umbruchs von Grün- in Ackerland, was ökologisch und ökonomisch unsinnig sei. Auch hier würde eine Änderung der Vorschriften einen Vorteil bringen, um nicht die Biotope nach fünf Jahren wieder zu zerstören.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass ein Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vorliege und bittet die Fraktion FDP/B-J-A/BVFO um Mitteilung, ob dieser übernommen werden könnte:

„Dies betrifft insbesondere die Unterstützung bei der Vermarktung, der Umsetzung von neuen Geschäftsmodellen, der Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen, der Initiierung/ Beteiligung von/an Pilotprojekten
und der Ansiedlung biologisch arbeitender Landwirtschaftsbetriebe bzw. der Umstellung derzeit konventionell arbeitender Betriebe auf eine ökologische Arbeitsweise.
Somit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Agrarunternehmen des Kreises konzentriert und effektiv ihrer Arbeit nachgehen können.“

Herr Noppe begründet die Ablehnung damit, dass eine Umstellung von konventioneller auf ökologische Landwirtschaft die eigene Angelegenheit jedes einzelnen Betriebes und die ökologische Landwirtschaft mit dem Antrag nicht ausgeschlossen sei.

Herr Dr. Pech bringt zum Ausdruck, dass er hier ein Spannungsfeld zwischen bundes-, landes- oder EU-rechtlichen Rahmenbedingungen sehe, die der Kreistag zu berücksichtigen habe. Der Unmut, dagegen nichts ausrichten zu können, sollte zum Überlegen bewegen, was getan werden kann. Die vorliegenden Anträge stellten konkrete Ansatzpunkte dar, im Rahmen dessen, was in den Möglichkeiten des Landkreises liege. Insoweit unterstütze er die Anträge. Man könne sich nicht zurückziehen und feststellen, dass die Rahmenbedingungen nicht geändert werden können, sondern müsste nach Wegen gesucht werden, innerhalb der gesetzten Grenzen ohne Illusionen zu arbeiten.

Frau Hilschenz bezieht sich auf den Ergänzungsantrag ihrer Fraktion und bittet zu bedenken, dass die ökologische Landwirtschaft an immer zunehmende Bedeutung gewinne. Das Öko-Barometer bewiese, dass nicht nur regionale Produkte, sondern biologisch regionale Produkte bei den Verbrauchern auch langfristig stark im Trend liegen würden. Sie sehe die Entwicklung sehr positiv und sehe im Ergänzungsantrag einen wesentlichen Schwerpunkt.

Herr Diepold befürwortet die Ausführungen von Herrn Dr. Pech und ergänzt, dass nur vor Ort die eigentlichen Probleme erkannt werden könnten. Die Belange und Bedürfnisse des Landkreises sollten weiter kommuniziert werden, um Aufmerksamkeit zu erlangen und Unterstützung zu erkämpfen.

Herr Dr. Berger bittet um Abstimmung über den ursprünglichen Antrag:
Abstimmungsergebnis: Ja: Mehrheit, Nein: 0, Enthaltung: 4,
einstimmig angenommen.

Anschließend wird um Abstimmung über den Ergänzungsantrag gebeten:
Abstimmungsergebnis: Ja: 8, Nein: 10, Enthaltung: 14,
mehrheitlich abgelehnt.

Beschlussvorschlag:

In Übereinstimmung mit dem bereits seit 2017 etablierten Leitbild des Regionalmanagements Oderland-Spree unterstreicht der Kreistag des Landkreises Oder-Spree, dass die

Landwirtschaft einer der wichtigsten Wirtschaftszweige in der Region ist und bei der Gestaltung der regionalpolitischen und verwaltungstechnischen Abläufe die größtmögliche Unterstützung verdient. Insbesondere beauftragt er die Kreisverwaltung, weiterhin eine gute und stets handlungsfähige Personal- und Sachausstattung des Landwirtschaftsamtes zu gewährleisten. Die Aufgaben der Mitarbeiter des Amtes für Landwirtschaft sind den veränderten Rahmenbedingungen allseitig anzupassen, um auch neuen Herausforderungen entsprechen zu können. Dies betrifft insbesondere die Unterstützung bei der Vermarktung, der Umsetzung von neuen Geschäftsmodellen, der Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen, der Initiierung/ Beteiligung von/an Pilotprojekten. Somit werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Agrarunternehmen des Kreises konzentriert und effektiv ihrer Arbeit nachgehen können.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 4

**Zu TOP 6 Beratung und Beschlussfassung: Verarbeitung und Vermarktung
regionaler Lebensmittel ausbauen, Vorlage: 10/FDP/BJA/BVFO/22/1**

Herr Meise erläutert unter Bezugnahme auf die bisherigen Vorträge den Antrag. Hierbei verweist er noch einmal auf die Bedeutung der Selbstversorgungsfähigkeit, die nicht erreicht werden könne, wenn nur für globale Märkte agiert werde. Insofern bittet er um Zustimmung zum Antrag.

Herr Mangelsdorf weist darauf hin, dass ein inhaltsgleicher Antrag bereits 2019 beschlossen worden und wohl wegen der Probleme mit der ASP und der Corona-Pandemie ergebnislos geblieben sei. Er stelle sich die Frage, warum dieser Antrag erneut auf der Tagesordnung stehe.

Der Landrat, Herr Lindemann, bezieht sich auf die Worte von Herrn Dr. Pech zu TOP 5. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen müssten berücksichtigt, dürften Zuständigkeitsgrenzen nicht überschritten und nicht in Marktmechanismen eingegriffen werden. Da Maßnahmen zur zielführenden Vernetzung von Wirtschaftspartnern eingeleitet werden sollten, die betriebswirtschaftliches Grundwissen verlangten, könne er dem Antrag nur zustimmen, sofern die avisierte Machbarkeitsstudie von Seiten des Kreisbauernverbandes (KBV) vorliege. Die Regie sollte bei den Betroffenen bleiben.

Herr Noppe bittet, den Antrag zurückzustellen, so dass sich die Gremien dazu noch einmal verständigen können, ggf. würde die Fraktion erneut auf die Verwaltung zukommen.

Herr Lindemann unterstreicht, dass der KBV die Machbarkeitsstudie in Auftrag geben sollte und die Unterstützung des Kreistages insoweit vorliege.

zurückgestellt

**Zu TOP 7 Beratung und Beschlussfassung: Nahrungsgütererzeugung vor
Energieerzeugung einordnen!, Vorlage: 11/FDP/BJA/BVFO/22/1**

Herr Noppe erläutert den Antrag und hebt das Problem des Verlustes von Ackerflächen hervor.

Herr Papendieck bringt zum Ausdruck, dass er das Problem verstehe, jedoch liege die Planungshoheit bei den Gemeinden, gemeinsam mit der Regionalplanung. Es gäbe bereits Beispiele, dass gemeinsam mit den Gemeinden Lösungen erarbeitet worden seien. So könnten

Flächen mit schlechtem Bodenwert anderweitig genutzt werden und könnte das als Ergänzungsbereich eines Betriebes gesehen werden.

Frau Teltewskaja weist darauf hin, dass bereits eine Handlungsempfehlung für die Kommunen erarbeitet worden sei, die die wichtigsten, zu beachtenden Punkte beinhalte. Die Regionale Planungsgemeinschaft hätte sich dem angeschlossen und würde derzeit einen Plan für erneuerbare Energien unter Einbeziehung der zu berücksichtigenden Faktoren erarbeiten. Die Kommunen würden insofern Unterstützung bei der Erstellung von Flächenplänen erhalten. In diese Richtung zielt der Antrag ab und könnte gemeinsam mit der Regionalen Planungsgemeinschaft (RPG), dem KBV und dem Landkreis ein Kriteriengerüst erstellt werden.

Herr Dr. Pech stellt seine Auffassung dar, dass mit dem Antrag die Absicht bzw. eine Richtung dokumentiert werde, mit dem Grundtenor, dass die Produktion von Lebens-/Nahrungsmittel Vorrang habe. Das widerspreche nicht der Nutzung von Flächen zu energetischen Zwecken an den Stellen, wo es sich einordnen lasse und stelle keinen Eingriff in die Planungshoheit von Gemeinden dar, sondern wäre eine Positionsbestimmung des Landkreises, dass Nahrungsmittel Vorrang vor Energieproduktion hätten. Mit Weitblick auf die Weltpolitik wäre man hier gut beraten.

Herr Lindemann schließt sich an, bittet jedoch darum, die Sache nicht weiter zu formalisieren, sondern in dem Verfahren belassen, welches durch Herrn Papendieck angesprochen wurden, nämlich durch die RPG. Es könnte keine Leitlinie festgelegt werden und der Kreistag nur eine Willensbekundung abgeben. Anderenfalls sehe er einen Eingriff der Planungshoheit der Gemeinden.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über den Antrag.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree hat die Brisanz der Frage der Flächennutzung zur Kenntnis genommen, wird in einer gesonderten Sitzung die aktuelle Entwicklung der Energiewirtschaft analysieren und auf eine sinnvolle Abwägung von Energiegewinnung und Nahrungsgütererzeugung hinwirken. Der Leitgedanke ist, dass für die Bebauung mit Energieanlagen zunächst einmal die ertragsschwächsten Flächen einer Gemeinde in Betracht gezogen werden sollten. Erst wenn diese ausgeschöpft sind, sollten andere Flächen einbezogen werden. Die bereits erstellten Handlungsempfehlungen für die Regionalplanung sind dementsprechend zu überarbeiten, und mit den Kommunen sind regelmäßig und ausreichend häufig Abstimmungen zur Umsetzung der den Flächeneinsatz für die Energiewirtschaft begrenzenden Handlungsempfehlungen zu führen. Die Kreisverwaltung entwickelt bzw. unterstützt die Etablierung eines Modellprojektes zur AgriPv im Landkreis Oder-Spree und erarbeitet Konzepte zur Übertragbarkeit der Ergebnisse in andere Regionen.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 13 Nein 10 Enthaltung 7

Zu TOP 8 Beratung und Beschlussfassung: Verkehrsbedingungen für landwirtschaftliche Fahrzeuge verbessern! Vorlage: 12/FDP/BJA/BVFO/22/1

Herr Losensky erläutert, dass die Ortsumgehungen von Fürstenwalde und Beeskow (Bundesstraßen) seit 2019 als Krafffahrstraßen ausgewiesen worden seien und man seit dieser Zeit darum kämpfe, die Verkehrsbedingungen für landwirtschaftliche Fahrzeuge zu verbessern, so dass diese sich nicht mehr durch die Städte quälen müssen.

Auch ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten und dem Staatssekretär des Infrastrukturministeriums hätte keinen Erfolg gehabt bzw. keine Lösung dieses Problems gebracht. Er bittet um Zustimmung zum Antrag, dass diese Situation so schnell wie möglich geklärt werden könne.

Herr Umbreit schließt sich an. Er verstehe nicht, warum die Umgehungsstraßen nicht umgestuft bzw. anderweitig genutzt werden könnten. Auch der Landtag hätte sich bereits dazu positioniert.

Herr Gehm berichtet über die Bemühungen seitens des Landkreises, um dieses Problem zu lösen. Die rechtlichen Möglichkeiten wären die verkehrsrechtliche Anordnung (Zusatzschild) oder eine Ausnahmegenehmigung (bezogen auf einzelne Fahrzeuge). Für die Anordnung bräuchte man die Zustimmung des Baulastträgers, hier der Landesbetrieb Straßenwesen, der bereits die Ablehnung erteilt hätte. Auch ein Entschließungsbeschluss seitens des Landtages wäre nicht berücksichtigt worden. Es sei unter Beteiligung der Landwirtschaftsverbände eine Arbeitsgemeinschaft gegründet worden, die ebenso festgestellt hätte, dass eine Anordnung bundesrechtlich nicht zulässig sei. Der Landesinfrastrukturminister sehe sich außerstande, eine Lösung für das Problem dieser Bundesstraße zu finden. Jedoch sei bisher erreicht worden, dass der Landesbetrieb ein Sicherheitsaudit für die Umgehungsstraße Beeskow erstellen wird, um sich den Argumenten zu nähern. Die weiterhin erwähnte Ausnahmegenehmigung wäre Fahrzeug bezogen. Der Landtag hätte erreicht, dass es durch den sogenannten LoF-Erlass (land- oder forstwirtschaftliche Fahrzeuge) einige Erleichterungen für diese Ausnahmegenehmigung gäbe. Jedoch bestünde hier eine Kostenbelastung für jedes Fahrzeug.

Herr Papendieck bittet, dem Antrag zuzustimmen und diesen an die Bundesbehörden weiterzuleiten.

Herr Lindemann richtet seine Worte an Herrn Papendieck in seiner Funktion als Bundestagsabgeordneter, dass dieser eventuell in Form einer Anfrage an den Bundestag das Problem weitertrage. Somit könnten mehrere Wege beschritten werden.

Herr Noppe gibt zu bedenken, dass die Erstellung eines Gutachtens erneut Zeit und Geld in Anspruch nehme, zumal die Umgehungsstraße anfangs für alle nutzbar gewesen sei. Bezüglich der Möglichkeit einer Ausnahmegenehmigung moniert er, dass Fahrzeuge mit Überbreite und –länge entsprechend des Landtagsbeschlusses Begleitfahrzeuge davor und dahinter bräuchten und das Antragsverfahren durch neue Vorschriften schwieriger geworden sei.

Herr Gehm unterstreicht, dass *nur mit* dem Gutachten ein neues Argument vorliege und der Landesbetrieb nur auf diese Weise die Angelegenheit aufgreifen werde.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree ersucht die Kreisverwaltung, durch Nutzung bestehender oder Schaffung neuer Rechtsetzungen Bedingungen dafür zu schaffen, dass landwirtschaftliche Fahrzeuge die Ortsumgehungsstraßen der Städte Beeskow (B87) und Fürstenwalde (B168) uneingeschränkt nutzen dürfen.

einstimmig zugestimmt
Nein 0 Enthaltung 6

**Zu TOP 9 Beratung und Beschlussfassung über die Unterstützung der
Landwirtschaft und ausführender Betriebe im Landkreis Oder-Spree –
Klimaanpassungsstrategie LOS, Vorlage: 17/FDP/BJA/BVFO/2022**

Fragen und Anmerkungen gibt es nicht, um Abstimmung wird gebeten.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die Bereitstellung ergänzender finanzieller Mittel für maßnahmenbasierte Anpassungen landwirtschaftlicher Produktionsformen an die lokalen Auswirkungen des Klimawandels im Landkreis Oder-Spree inklusive einer wissenschaftlichen praxisorientierten Begleitforschung. Eine Nebenbetrachtung auf die sonstigen Bereiche des primären Sektors (Forstwirtschaft, Fischerei) soll in diesem Zusammenhang ebenfalls möglich sein.

einstimmig zugestimmt

Nein 0 Enthaltung 6

**Zu TOP 10 Beratung und Beschlussfassung über die Unterstützung der
Landwirtschaft und ausführender Betriebe im Landkreis Oder-Spree –
Fachkräfte werben, qualifizieren und binden - Fachkräfte Initiative LOS
Vorlage: 18/FDP/BJA/BVFO/2022**

Herr Meise führt aus, dass das Landwirtschaftsministerium eine Studie bezüglich der Fachkräftesituation bis 2030 in Auftrag gegeben habe. Im Ergebnis stellte sich heraus, dass 30 % der Arbeitsplätze nicht mehr besetzt werden könnten. Dieser Prognose müsse entgegengewirkt werden. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt fehlten in vielen Bereichen deutsche Fachkräfte.

Herr Lindemann verweist auf den Gleichbehandlungsgrundsatz, denn es wären alle Berufsgruppen davon betroffen. In der Landwirtschaft hätten sich bereits Initiativen (z. B. Pro agro) gegründet und gäbe es seitens des Jobcenters spezielle Orientierungsvarianten, die dieses Thema aufgegriffen hätten. Daher sehe er die Notwendigkeit der Behandlung im Kreistag nicht.

Herr Papendieck ergänzt, dass es für die Fachkräftegewinnung bereits von anderen Stellen umfangreiche Bemühungen gebe und dafür Finanzen zur Verfügung gestellt werden würden. Vor Ort sollte die Zusammenarbeit von Akteuren bzw. Unternehmen und dem Jobcenter besser organisiert werden (Bsp.: Berufsorientierung).

Der Vorsitzende verliest einen Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

„Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die Bereitstellung finanzieller Mittel für Marketingmaßnahmen zur Unterstützung **biologisch geführter** landwirtschaftlicher Unternehmen im LOS bei der Fachkräftegewinnung. Diese sollen sowohl strukturierten Untersuchung der bestehenden Initiativen, Maßnahmen und Programme zur Sicherung der Fachkräfteverfügbarkeit und der Ausbildung in Agrarberufen als auch die Stärkung von bewährten Maßnahmen und Entwicklung neuer Ansätze beinhalten.“

und fragt nach, ob die Fraktion FDP/B-J-A/BVFO diese Änderung übernimmt. Diese verneint.

Es erfolgt die Abstimmung

1. über den ursprünglichen Antrag:
Abstimmungsergebnis: Ja: Mehrheit, Nein: 7, Enthaltung: 5,
mehrheitlich angenommen,
2. über den Ergänzungsantrag:
Abstimmungsergebnis: Ja: 2, Nein: 24, Enthaltung: 2
mehrheitlich abgelehnt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag des Landkreises Oder-Spree beschließt die Bereitstellung finanzieller Mittel für Marketingmaßnahmen zur Unterstützung landwirtschaftlicher Unternehmen im LOS bei der Fachkräftegewinnung. Diese sollen sowohl strukturierten Untersuchung der bestehenden Initiativen, Maßnahmen und Programme zur Sicherung der Fachkräfteverfügbarkeit und der Ausbildung in Agrarberufen als auch die Stärkung von bewährten Maßnahmen und Entwicklung neuer Ansätze beinhalten.

Mehrheitlich zugestimmt
Nein 7 Enthaltung 5

Zu TOP 11 Beratung und Beschlussfassung: Förderung des Hanfanbaus im Landkreis Oder-Spree, Vorlage: 22/DIE LINKE/22 NEU

Herr Dr. Pech führt zum Antrag aus, dass die Förderung des Hanfanbaus durchaus für einzelne Unternehmen hilfreich sein könne. Der Landkreis hätte die Möglichkeit, auf die rechtlichen Rahmenbedingungen einzuwirken.

Der Antrag sei vor zwei Jahren bereits in den Kreistag eingebracht und bis zur Behandlung im Sonderkreistag zurückgestellt worden. Er gehöre in den Gesamtkontext der Maßnahmen zur Unterstützung der Landwirtschaft.

Herr Mangelsdorf bringt zum Ausdruck, dass er im Antrag eine Alternative zur Unterstützung der Landwirtschaft sehe, aber aufgrund der rechtlichen Bestimmungen eine weitere Behandlung in den Ausschüssen für notwendig halte. Expertenmeinungen müssten eingeholt werden.

Herr Diepold befürwortet den Antrag. Er denke, dass die Nachhaltigkeit mit der Verarbeitung des Hanfes weiter vorangebracht werden könnte, denn es könnten z. B. Dämmstoffe (Bauindustrie), recycelbare Kunststoffe aus Hanf produziert werden, wenn die nachfolgenden Produktionsketten forciert werden würden. Weitere Möglichkeiten würden die Papierproduktion bieten, zumal Hanf schneller als Bäume wachse, und könnten Böden aufgearbeitet werden.

Der Landrat könne die nützlichen Anwendungsgebiete zwar erkennen, moniert jedoch, dass er hier die Motivation sehe, Genusshanf zu produzieren, der er eine klare Absage erteile. Er sei vom sozial-psychiatrischen Dienst des Gesundheitsamtes darauf hingewiesen worden, dass es täglich Probleme mit drogeninduzierten Psychosen und schweren Psychosen, die Fremdgefährdung beinhalten würden, gebe. Schon aus diesem Grund könne er dem Antrag nicht zustimmen.

Der Vorsitzende bittet um Abstimmung über den Antrag auf Verweisung in die Ausschüsse.

zurückverwiesen

Im Anschluss informiert der Vorsitzende, dass drei Mitglieder die Fraktion AfD verlassen haben, und zwar Herr Fachtan, Frau Stahl und Herr Woweries, und diese nunmehr parteilos im Kreistag mitwirken.

Er beendet die Sonderkreistagssitzung und verabschiedet die Anwesenden.

Dr. Franz H. Berger
Vorsitzender des Kreistages

Sina Ziesmer
Protokollantin